

Ich danke für die Einladung und freue mich, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten den einleitenden Impulsvortrag zu diesem bedeutenden Thema dieser Tagung halten zu dürfen.

Heute und morgen wird es darum gehen, der vor hundert Jahren gegründeten Wolgarepublik der Russlanddeutschen zu gedenken und das darin mitschwingende Spannungsverhältnis zwischen erhoffter Autonomie und der Realität der Nichtanerkennung zu erörtern.

Ich halte dieses Thema und dessen Reflektion für nach wie vor sehr wichtig, es ist geradezu ein zentrales Kapitel der Geschichte der Russlanddeutschen insgesamt.

Denn die große symbolische Strahlkraft der Republik der Wolgadeutschen wirkt – wie wir noch sehen werden - bis heute nach, sowohl in der Erinnerungskultur als auch im politischen Kontext. Dies hat sicher – historisch gesehen – etwas damit zu tun, dass das Gebiet an der mittleren Wolga zum Hauptsiedlungsgebiet der Deutschen im Russischen Reich wurde.

In der Wortkombination „Wolga-Republik“ klingt zudem die großartige Idee der Selbstverwaltung und kollektiven Selbstbestimmung an, der Pflege der eigenen Sprache, des hergebrachten Glaubens und der kulturellen Identität als Deutsche in fernen Landen.

Kurzer historischer Abriss 1764 bis 1917

Was ist der historische Kontext der deutschen Wolgarepublik? Es begann mit der Einladung von Zarin Katharina der Großen 1763.

In den ersten Jahren der Besiedlung gründeten sie gut 100 Siedlungen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Zahl deutscher Siedler im Wolgagebiet auf ungefähr 400.000 angewachsen, die in über 200 Kolonien lebten.

Allerdings zogen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dunkle Wolken in Gestalt des zunehmenden russischen Nationalismus auf. Neue Regelungen wirkten sich zu Lasten der Deutschen aus wie die Auflösung von Selbstverwaltungseinrichtungen, die Einführung von Russisch als Amts- und Schulsprache und die Verpflichtung zum Militärdienst.

Die Lage der Deutschen im Zarenreich verschlechterte sich während des Ersten Weltkrieges dramatisch. Nicht nur wurden sie als „innere Feinde“ titulierte und ihnen Spionage, Verrat und Schuld an russischen Niederlagen vorgeworfen, sondern es kam auch zu Enteignungen und Aussiedlungen.

Durch einen Erlass vom 17. Februar 1917 sollten die im Westen des Zarenreiches bereits ab 1915 eingeführten Liquidationsgesetze auch in den Kolonien an der Wolga zur Ausführung kommen. Infolge der Februarrevolution und dem Sturz des Zaren kam es dazu aber nicht.

Dass viele Russlanddeutsche die bürgerliche Revolution sowie den Zarensturz begrüßten, erstaunt nicht.

Die bürgerliche Februarrevolution weckte bei ihnen die Hoffnung auf Rücknahme der Liquidationsgesetze und Entschädigungen und ließ sie auf eine Wiedereinführung der deutschen Sprache als Amts- und Schulsprache hoffen.

In diesem Klima nutzten gerade die Deutschen im Wolgagebiet die neuen Möglichkeiten zur politischen Organisation. Sie hatten begriffen, wie wichtig eine effektive politische Vertretung für die Durchsetzung ihrer Anliegen war. Es entstand bald eine breite Volksbewegung für Autonomie, deren Sprachrohre mehrere Kongresse und Konferenzen waren.

Besonders hervorheben möchte ich hier pars pro toto den 1. Saratower deutschen Kolonistenkongress im April 1917, der als Wendepunkt in der ganzen Geschichte der wolgadeutschen Kolonien bezeichnet wurde, und die Warenburger Konferenz im Februar 1918.

In dieser Konferenz wurde der Zusammenschluss zur „Föderation der Deutschen an der Wolga“ als „nationaler Einheit“ im Rahmen des russischen Staates beschlossen und Forderungen zum Schutz des Privateigentums und zu Hilfen für arme Bauern, zu Schul- und Steuerfragen und zur politischen Organisation aufgestellt.

Gleichzeitig waren sich die Wolgadeutschen bewusst, dass man den bloßen Worten dieser Konferenzen Taten folgen lassen müsste. Dementsprechend fuhr im April 1918 eine Delegation nach Moskau, wo sie auf einen sehr freundlich gestimmten Stalin traf.

Dieser gab zu erkennen, dass er eine Autonomie der Russlanddeutschen oder gar eine Republik für möglich halte, solange und soweit diese „auf sowjetischer Grundlage“ erfolge.

Die Verhandlungen kulminierten schließlich in dem von Lenin am 19. Oktober 1918 unterzeichneten Dekret des Rates der Volkskommissare über die Gründung der „Arbeitskommune“ des autonomen Gebiets der Wolgadeutschen.

Einerseits war es ein durchaus erheblicher Schritt vorwärts, andererseits darf nicht übersehen werden, dass der Aspekt der „Kommune“ im Vordergrund stand, nicht etwa der einer echten Autonomie. Dies zeigte sich etwa daran, dass eine territoriale Abgrenzung fehlte, und eine wie auch immer geartete Autonomie nicht durchzusetzen war.

Im Jahr 1923 baten Vertreter der Wolgadeutschen die Parteispitze in Moskau und Stalin persönlich um eine Aufwertung des deutschen Gebietes. Dem Vorschlag wurde tatsächlich entsprochen, so dass es Anfang 1924 zur Gründung der Autonomen Sozialistischen

Sowjetrepublik der Wolgadeutschen kam, zu deren Amts- und Unterrichtssprachen nun auch Deutsch gehörte.

Insgesamt zeichnete sich die Wolgarepublik durch ein reiches sprachliches und kulturelles Leben aus, war aber nur sehr eingeschränkt eine echte Autonomie im Sinne einer kollektiven Selbstbestimmung, weil auch in den vermeintlich „autonomen“ Sowjetrepubliken getreu der Formel Stalins *„national in der Form, sozialistisch im Inhalt“* der Primat der streng zentralistischen Kommunistischen Partei in allen Bereichen bestand.

Auf der anderen Seite kam es zu sehr negativen Entwicklungen wie die fast vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft, Deportationen und Säuberungswellen, bei denen fast alle Führungskräfte der Wolgarepublik als Spione oder „Agenten des faschistischen Regimes“ verhaftet wurden.

Kurz vorher war vom X. Sowjetkongress der Wolgarepublik noch eine neue Verfassung verabschiedet worden, deren Lektüre von alledem nichts ahnen lässt, garantiert sie doch etwa das Eigentumsrecht der Bürger und die Unverletzlichkeit der Person.

Die Ursache für das Ende der Wolgarepublik liegt letztlich im schrecklichen Überfall des nationalsozialistischen Deutschen Reiches auf die Sowjetunion im Jahr 1941.

Der bald darauf von der Sowjetführung verfügte Deportationserlass markiert nicht nur den schlimmsten Einschnitt für die Volksgruppe der Russlanddeutschen und damit den Beginn eines langen Leidensweges, sondern eben auch die faktische Auflösung der Wolgarepublik.

Letztlich mussten die Wolgadeutschen mit ihrem Schicksal für die Aggression des „Dritten Reiches“ bezahlen, das viele von ihnen nie betreten oder gesehen hatten.

Der Leidensweg der Russlanddeutschen erstreckt sich weit in die Nachkriegszeit hinein. Wie Sie alle wissen, kam es zu vielfältigen Repressalien im Privaten und Kulturellen, wie auch in Ausbildung und Beruf.

Während die meisten der deportierten Völker infolge der Politik Chruschtschows im Jahre 1956 in ihre Heimat zurückkehren durften, wurde dies den Deutschen verwehrt.

Gleichwohl blieben die Erinnerungen vieler Russlanddeutscher an die Wolgarepublik und an die damit zusammenhängende Idee von Autonomie und Selbstverwaltung lebendig. Es entwickelte sich langsam, zuerst im Verborgenen, eine Autonomiebewegung, die den Kampf um die Wiederherstellung der Wolgarepublik aufnahm.

Mehrere Delegationen forderten in Moskau ohne Erfolg die volle Rehabilitierung und Wiederherstellung der Wolgarepublik.

Die ablehnende Haltung von Partei und Regierung ließ viele Russlanddeutsche resignieren, die Hoffnung auf ein gutes Leben als Deutsche in der Sowjetunion nahm entsprechend

weiter ab. Dies führte nicht zuletzt zu einer Zunahme von Ausreiseanträgen in den 70er und 80er Jahren.

Nach Amtsantritt von Gorbatschow kam auch die Diskussion um die Wiederherstellung der Autonomie wieder in Bewegung. Auf sowjetischer bzw. russischer Seite kam es seit 1991 einerseits zu positiven Signalen in Richtung Rehabilitierung der repressierten Völker und Wiederherstellung der nationalen Autonomie der Russlanddeutschen.

Andererseits wurde im Juli 1992 ein Gesetz über ein Moratorium für territoriale Veränderungen abgesegnet, und auch im Folgenden wurde das Ziel der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen, wie allseits bekannt, nicht verwirklicht.

Lassen Sie mich also resümieren:

- In der Geschichte der Wolgarepublik zeigt sich – stellvertretend für andere Regionen des ehemaligen Russischen Reiches und wie in einem Brennglas, – welche hohe Bedeutung die Idee von echter Autonomie und Selbstverwaltung für die Geschichte der Russlanddeutschen im Allgemeinen und für deren kulturelle und nationale Entwicklung und Identität im Besonderen hat.
- Klar erkennbar ist, wie die wolgadeutsche Autonomie zum Kristallisations- und Fluchtpunkt für die Hoffnungen vieler Russlanddeutschen auf eine Lebensperspektive in Russland bzw. in der Sowjetunion wurde. Für sie ist das Wolgagebiet nicht bloß ein Toponym, ein Name auf der Landkarte, sondern Teil des kulturellen Codes der Russlanddeutschen.
- Er steht für das vom steten Ringen gekennzeichnete Spannungsverhältnis zwischen der ersehnten Autonomie und einer Realität, in der die Nichtanerkennung vorherrscht.
- Gleichwohl wirkt sich auch noch heute die große symbolische Strahlkraft der Wolgarepublik aus, sowohl im Denken und Fühlen vieler Russlanddeutschen – hüten wie drüben lebt der Traum von der eigenen, autonomen Wolgarepublik weiter – als auch in politischen Verhandlungen, denken Sie nur an die beiderseits verabredete Überarbeitung des Protokolls von 1992 über die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russ. Regierung zur stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen.
- Überhaupt war dieses Protokoll ein sehr wichtiger Versuch beider Seiten, die Wiederherstellung zu realisieren; er kam nur leider zu spät, weil sich Präsident Jelzin kurz vorher bereits gegenteilig positioniert hatte.

- So bündelt sich in diesem Protokoll wie in einem Brennglas unser Tagungsthema, nämlich der Widerstreit von Autonomie (so das Versprechen des Protokolls) und Nichtanerkennung (so die Realpolitik Jelzins und seiner Nachfolger).
- Im Übrigen ist das Schicksal der Wolgarepublik und der wolgadeutschen Autonomie untrennbar verbunden mit der Rehabilitierungsfrage.

Wir haben gesehen, dass es an einer vollständigen Rehabilitierung der russlanddeutschen Volksgruppe nach wie vor fehlt; im Unterschied zu anderen Minderheiten in Russland sind sie bis heute noch nicht einmal im gesetzlich vorgesehen Umfang rehabilitiert.

Für nicht wenige Russlanddeutsche setzt eine Rehabilitierung die Wiederrichtung der Wolgarepublik voraus. Damit steht die Rehabilitierungsfrage nach wie vor auf der politischen Agenda.

- Es spricht schließlich viel für die These, dass sich die Aussiedlung der Deutschen in ihre historische Heimat Deutschland während und vor allem nach dem Kalten Krieg in einem deutlich geringeren Ausmaß vollzogen hätte, wenn die Pläne zur Wiederherstellung der Wolgarepublik verwirklicht worden wären.

Ich möchte daher dazu ermutigen, den bisherigen konstruktiven Dialog fortzusetzen und alle Fragen, die sich aus der historischen Verantwortung beider Länder in Bezug auf die Russlanddeutschen ergeben, offen und in einem von gegenseitigen Respekt und Freundschaft getragenen Geist – auch durchaus kontrovers aber mit dem Ziel einer Verständigung – zu diskutieren.

Hierbei sollen die Vertreter der deutschen Minderheit in Russland selbstverständlich als geborene Partner einbezogen werden.

Zum Ende komme ich zu einem Ausblick und skizziere meine minderheitenpolitischen Ziele

- Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der leidgeprüften Geschichte der Russlanddeutschen im Allgemeinen und dem Ringen dieser Volksgruppe um echte Autonomie im Besonderen wünsche ich mir als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in den Nachfolgenstaaten der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa:
 - dass die Gesprächskanäle zwischen Deutschland und Russland – trotz politischer Auseinandersetzungen und heikler Krisen – niemals versiegen,

- dass deutsche Minderheiten gerade in Krisenzeiten nie wieder instrumentalisiert werden und für zwischenstaatliche oder gar weltpolitische Entwicklungen mit ihrem Schicksal bezahlen müssen,
- sondern – im Gegenteil – dass die deutschen Minderheiten und ihre Medien als Brückenbauer und Vermittler zwischen unseren Ländern und Kulturen fungieren und dies als Chance für alle verstanden wird.
- Eine ganz wesentliche Bedingung für die Realisierung meiner politischen Ziele und Wünsche sind starke, selbstbewusste und moderne deutsche Minderheiten. Denn die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind geborene Botschafter und exzellente Brückenbauer zwischen zwei Kulturen; sie können weder abberufen noch aufgehalten werden.
- Ich werde mich mit vollem Engagement und Leidenschaft dafür einsetzen, dass die Minderheitenförderung auf der politischen Agenda ganz oben steht und stehen bleibt – egal wie der Wind sonst weht – und dass die deutschen Minderheiten die Herausforderungen der Zukunft mit Bravour meistern.
- Zentral für die Minderheitenförderung ist die deutsche Sprache. Nichts ist wesentlicher für die Ausbildung und Bewahrung einer deutschen Identität:
 - Die deutsche Sprache verbindet und eint die ethnischen Deutschen trotz großer Entfernungen. Dank der deutschen Sprache können die deutschen Minderheiten gegenüber staatlichen Stellen und Autoritäten selbstbewusst Ihre Interessen vertreten und so die Minderheitenarbeit stärken.
 - Die deutsche Sprache ermöglicht den deutschen Minderheiten aber auch, als Brückenbauer zwischen Ihrem Heimatland und Deutschland zu wirken. Die deutsche Sprache ist das Tor zur deutschen Kultur, zu deutschen Traditionen, zur deutschen Identität.
 - Sprache ist das Schlüsselement für die Bewahrung der Identität nationaler Minderheiten. Minderheitenschutz muss daher zwangsläufig auch den konsequenten Schutz der Minderheitensprache beinhalten.
 - Die Förderung des Deutschen als Minderheiten-Muttersprache bereits in der Schule ist dabei besonders wichtig. Ich sehe hier Ansätze für eine weitere gute Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, das mit dem erfolgreichen Konzept der PASCH-Schulen über sehr wertvolle Erfahrungen und Voraussetzungen verfügt, auf denen wir aufbauen können.
- Neben der Sprache ist die Jugendarbeit eine Herzensangelegenheit für mich. Die Zukunft der deutschen Minderheiten in ihren Heimatstaaten hängt von der Motivation

der jungen Generation ab, das bisher Aufgebaute weiterzuführen und fortzuentwickeln und vielleicht sogar Neues, Identitätsstärkendes zu kreieren.

Ich werde daher eine Überprüfung der bisherigen Konzepte auf ihre Zukunftsfähigkeit vornehmen und ggf. Anpassungen veranlassen, zumal sich viele Jugendliche von den bestehenden, oft über Jahre wiederholten Angeboten nicht mehr wirklich angesprochen fühlen und nach neuen, altersspezifischen Freizeit- und Medienangeboten verlangen.

Auch soll das Konzept für die Ausbildung der Nachwuchsführungskräfte modernisiert werden.

- Ebenfalls von großer Bedeutung für die Minderheitenarbeit sind die Partnerschaftsmaßnahmen, die die Brücken zwischen den deutschen Minderheiten in ihrer angestammten Heimat und den Vertriebenen und Aussiedlern, die aus den jeweiligen Gebieten stammen, aber auch innerhalb ihrer Heimatgesellschaft und grenzüberschreitend stärken.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass durch den flächendeckenden Ausbau der Partnerschaftsmaßnahmen zwischen den Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten einerseits und den Landsmannschaften in Deutschland andererseits neue Impulse für die Stärkung und Entwicklung der Heimatverbliebenen entstehen.

- Ich werde mich während meiner Amtszeit ferner bemühen, die Strukturen für eine bessere Vernetzung der deutschen Minderheiten untereinander in allen Ländern noch weiter zu optimieren.

Hierfür bietet die AGDM – die Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in Europa – eine hervorragende Basis.

Je besser die deutschen Minderheiten vernetzt sind und je mehr sie mit einer Stimme sprechen, desto stärker können sie ihre Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern vertreten und desto nachhaltiger ist ihr Wirken als Brückenbauer mit dem Ziel einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen.

- Wie Sie sehen, haben wir bereits vieles bei der Minderheitenförderung erreicht, zumal in der Russischen Föderation. Es liegen aber auch viele Herausforderungen vor uns, die nicht zuletzt aus der politischen Großwetterlage und den rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Diese Herausforderungen werden wir weiterhin gemeinsam und in einem vertrauensvollen Dialog mit allen Seiten, gerade auch mit unseren russischen Partnern von der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten, angehen zum Wohle der Russlanddeutschen.

Dabei hilft es sehr, innezuhalten und den Blick zurück zu lenken, um die Gegenwart besser zu verstehen und die Zukunft möglichst gut zu gestalten. Das Thema Wolgarepublik als ein zentrales Sujet der reichen Geschichte der Russlanddeutschen eignet sich, wie wir gesehen haben und im Laufe dieser Tagung noch vertieft werden, sehr gut dafür.

- Ich bin den Veranstaltern sehr dankbar für Initiative, Organisation und Durchführung. Allen Mitwirkenden und Teilnehmern danke ich für ihr Engagement. Ich wünsche uns allen fruchtbare, erkenntnisreiche und spannende Vorträge und Diskussionen sowie der Tagung einen guten Verlauf!